

SEBASTIAN STUDE

Halle/Saale 1989

Wende, Epochenbruch, Friedliche Revolution – die Begriffe für die Vorgänge in der DDR im Jahre 1989 sind vielfältig und unterschiedlich, die Deutungen auch. Was im Folgenden unternommen wird, ist die Untersuchung der Entwicklungen in einer eng begrenzten Region, einer Stadt, unter Nutzung breiten regionalen Quellenmaterials. Dabei geht es dem Autor nicht darum, mit sensationsgleichen Neuerkenntnissen aufzuwarten. Vielmehr soll ein Beitrag geleistet werden zu einem Geschichtsbild, das weniger durch Emotionen und politisches Vorurteil gekennzeichnet ist. Die Chancen dafür sollten 18 Jahre nach den Ereignissen für eine neu heranreifende Historikergeneration besser stehen denn je.

Geschichte und Ausgangspunkte

Sebastian Stude – Jg. 1979; aufgewachsen und 1998 Abitur in Halle/Saale; nach Zivildienst Studium der Geschichte, Politik und Philosophie zunächst an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dann an der Humboldt-Universität zu Berlin; 2006 Magister artium, Abschlussarbeit zum Thema »Die friedliche Revolution in Halle/Saale. Eine Studie zur Protestbewegung in der späten DDR«.

Am 25. Juli 1952 waren auf Anweisung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland aus dem Land Sachsen-Anhalt die Bezirke Magdeburg und Halle gebildet worden. Seit seiner Gründung war der Bezirk Halle mit seiner Bezirksstadt stark durch die hier im großen Maßstab angesiedelte Industrie geprägt. Neben dem größten Industriekombinat der DDR, den Leuna-Werken »Walter Ulbricht«, befanden sich im Bezirk Halle unter anderem die Buna-Werke sowie das Chemie-Kombinat Bitterfeld. Folgerichtig sprach man vom »Chemie-Dreieck« im Bezirk Halle.¹ Mehr als 400 000 Industriearbeiter erwirtschafteten hier im Jahr 1989 fast 16 Prozent der industriellen Gesamtproduktion der DDR. Die chemische Industrie nahm dabei unangefochten die Schlüsselposition ein.²

Für die politischen Parteien, die sich auf die Arbeiterbewegung beriefen, nahm die Region Halle-Merseburg wegen ihres hohen Arbeiteranteils stets einen symbolischen Stellenwert ein. Die militärischen Aktivitäten der KPD während der Märzunruhen 1921 begründeten den Mythos des »roten Herzens von Mitteldeutschland«. Die SED versuchte, an diese Traditionspflege anzuknüpfen.³ Das Bild von der SED als Interessenvertreter der Arbeiter und Bauern im Bezirk Halle war jedoch bereits während der Streikbewegung um den 17. Juni 1953 erheblich in Frage gestellt worden. So war der Anteil der Streikenden im Bezirk Halle mit rund einem Drittel der Arbeitnehmerschaft erheblich höher gewesen als im Republikdurchschnitt. Die regionale Parteiführung der SED hatte sich damals zudem dadurch irritiert gezeigt, dass nicht selten SED-Mitglieder an den Streikaktionen beteiligt waren und diese teilweise sogar anführten.⁴ Es ist zu vermuten, dass Streik für viele SED-Mitglieder 1953 noch als po-

1 Vgl. dazu auch Hans-Joachim Plötze: Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS, Naumburg 1997.

2 Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Berlin 1990, S. 80.

3 Noch im September

litisch legitimes Mittel des Arbeiters in Deutschland galt. Demgegenüber musste der Parteigehorsam, als politisches Kampfmittel der SED-Führung von den Kommunisten der Sowjetunion übernommen, noch zurückstehen. Die deutschen Arbeiter ließen sich 1953 eben noch nicht »aus dem Subjekt ihrer eigenen Bewegung in ein durch die Partei zu bearbeitendes Objekt«⁵ verwandeln. Die betont aggressive Rede, die Hans-Joachim Böhme im September 1989 vor den Leuna-Arbeitern hielt (vgl. 3), widerspiegelt die Politik der Staats- und Parteiführung der SED im Frühjahr 1989 und verdeutlicht den trügerischen Selbstanspruch der SED, die Interessen der gesamten Bevölkerung der DDR zu vertreten.

Das stark ausgeprägte Arbeitermilieu im Bezirk Halle wurde durch verschiedene natur- und geisteswissenschaftliche sowie kulturelle Institutionen ergänzt. Beispielgebend seien hier die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Francke'schen Stiftungen, die Hochschule für Industrielle Formgestaltung Burg Giebichenstein sowie die nahe gelegene Technische Hochschule in Merseburg genannt. Von einem reinen Arbeiterbezirk zu sprechen, träfe demnach die regionalen Gegebenheiten nicht.

Die hohe Industrialisierung der Region bewirkte, dass zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemfeldern ein weiteres hinzutrat – das der Umwelt. Die erste Veröffentlichung von Umweltdaten für den Bezirk Halle im Jahr 1990 (!) zeichnete ein katastrophales Bild. In dem Umweltbericht hieß es: »(...) 30 Prozent der Emission der Luftschadstoffe, 31 Prozent der Gewässerbelastung und 50 Prozent des Anfalls von toxischen Abprodukten und Schadstoffen der DDR führen (...) zu Mehrfachbelastungen und komplizierten Wohnverhältnissen.« Mehr als jeder zweite Baum der Region galt als geschädigt.⁶ Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung des Bezirkes Halle lebte das ganze Jahr über in einer auch nach DDR-Umweltrecht überbelasteten Umwelt.

Im Jahr 1989 bildete der Bezirk Halle mit über 250 000 SED-Mitgliedern und Kandidaten die größte Bezirksparteiorganisation der gesamten DDR überhaupt.⁷ Seit den 1960er Jahren genossen die ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitung Halle als Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der SED direkten Zugang zur obersten Etage der Macht. Neben dem aufgeblähten Parteiapparat wurde im Bezirk Halle bis 1989 ein umfassendes Mitarbeiternetz des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) aufgebaut. Bis zu 3 000 Offiziere und Unteroffiziere waren im Einsatz. Sie wurden von geschätzten 6 500 inoffiziellen Mitarbeitern in ihrer Arbeit unterstützt.⁸

Die Wahlen am 7. Mai 1989

Die Kommunalwahlen im Mai 1989 sollten sich als Menetekel für die SED-Partei- und Bezirksführung herausstellen. Im Vorfeld der Wahlen traten zu den allgemeinen republikweiten Kritiken aus der DDR-Bevölkerung lokalspezifische Forderungen an die SED-Vertreter hinzu. Exemplarisch formulierten die Mitarbeiter der Rundfunkanstalt in Halle ihre Kritik am Verbot des Magazins »Sputnik« im Oktober 1988. So verstünden sie nicht, wieso das ZDF der Bundesrepublik in großen Teilen der DDR frei empfangbar sei – der Vertrieb des sowjetischen Magazins dagegen unterbunden werde.⁹ An-

1989 erklärte in diesem Sinne der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Hans-Joachim Böhme: »Die DDR – das ist jener Arbeiter- und Bauernstaat, für den die Märzkämpfer 1920/21 ihr Leben gegeben haben. Gerade in einem Betrieb wie Leuna, in dem das Silo steht, in dem die Konzernherren von IG Farben die Arbeiter ermorden ließen, denen die sozialdemokratischen Führer die Waffe aus der Hand schlugen, ehe der Sieg errungen war, wird man nie vergessen, dass nur die Revolution etwas wert ist, die sich auch zu verteidigen versteht.« – Rede auf dem Meeting im Leuna-Kombinat anlässlich der Übergabe des Ehrenbanners zum 40. Jahrestag der DDR vom 21. 9. 1989, LHASA, MER, V/6/31/-79, Bl. 14 f.

4 Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.): » ... und das wichtigste ist doch die Einheit.« Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, Münster-Hamburg-London 2003, hier besonders S. 9-29; Hans-Peter Löhn: »Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille!« Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003; sowie Angelika Klein: Ausgerechnet das »rote Herz« streikte besonders heftig. Der 17. Juni 1953 in der Provinz. Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle; http://sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html?tid=2810&bs=1&n=11 (9. 10. 2006).

5 Jörn Schütrumpf: Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 485-492, hier bes. S. 489 f.

6 Rat des Bezirkes Halle – Fachorgan Umweltschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft (Hrsg.): Umweltbericht des Bezirkes Halle 1989, Merseburg 1990, S. 11 u. 139.

7 In: Statistischer Vergleich ausgewählter Angaben aus der Jahresanalyse über die Entwicklung der Mitgliederbewegung des ZK 1988 – zu denen der Bezirksparteiorganisation Halle 1988, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5, Nr. 265, Bl. 178f. In dem Analysepapier wird die Zusammensetzung der Bezirksparteiorganisation u. a. mit 60 Prozent Arbeitern und 20 Prozent Angehörigen der Intelligenz angegeben.

8 Hans-Peter Löhn: »Unsere Nerven lagen allmählich blank.« MfS und SED im Bezirk Halle, Berlin 1996, S. 7.

9 Information des Leiters der MfS-Bezirksverwaltung Halle, Heinz Schmidt, vom 28.11.1988 über Reaktionen der Bevölkerung des Bezirkes Halle zur Streichung der Zeitschrift »Sputnik« von der Postzeitungsliste, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG 1573, Bl. 51 ff. Vgl. auch Steffen Reichert: »Bis ins nächste Jahrtausend«. Die Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zwischen 1968 und 1989, Halle 2005, S. 429 f.

10 In einem Bericht an den Oberbürgermeister heißt es: »In einer Vielzahl der betreffenden Eingaben wurde durch die Bürger Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass der VEB Stadtwirtschaft nach

dererseits häuften sich auch die Hinweise über Störungen und Engpässe in der täglichen Versorgung der Stadt.¹⁰ Auf Grund fehlender beziehungsweise defekter Technik sah sich die hallesche Stadtwirtschaft zu Jahresbeginn 1989 teilweise für einen Zeitraum von bis zu acht Wochen nicht in der Lage, die Müllentsorgung in den städtischen Außenbezirken zu gewährleisten. Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln musste intern eingestanden werden, dass diese nicht immer bis zum Ladenschluss gewährleistet war. Bezogen auf das Angebot von alkoholfreien Getränken und Bier wurde festgestellt: »Die Produktion konnte den Bedarf nicht decken.«¹¹ Das MfS schätzte ein: »Das Eingabegeschehen ist nicht im breiten Umfang zu beeinflussen wegen fehlender Kapazitäten zur Beseitigung der berechtigt angesprochenen Mängel und Missstände. Allein in der Warenbereitstellung für den Bezirk Halle besteht durch die Industrie Ende März 1989 ein Rückstand in Höhe von 152 Mio. Mark.«¹²

Das Missverhältnis von regional festgestellten Problemen und den zentral vorgegebenen Durchhalteparolen scheint evident für die Erklärung eines nicht funktionierenden Konfliktregulationsmechanismus in der DDR. Der Parteiapparat der SED, nach dem Prinzip des »demokratischen Zentralismus«¹³ funktionierend, ließ Kritik unterer Ebenen nicht konstruktiv wirksam werden. 1953 hatte sich die noch junge SED überrascht darüber gezeigt, dass sich ein Protestverhalten, begründet auf den gesellschaftlichen Defiziten, außerhalb der Partei auf der Straße entwickelt hatte. Die Folge war eine zunehmende Restriktivität innerhalb der Partei und außerhalb von ihr. Kritik von außen wurde propagandistisch abgeschmettert. Kritik innerhalb der Partei verlor sich in der Regel auf ihrem Weg in die Höhen der Hierarchie. Auf den Wahlkreisveranstaltungen im Vorfeld der Kommunalwahlen 1989 zeigte sich dabei, dass Teile der Bevölkerung immer weniger gewillt waren, die schwierigen Lebensumstände bedingungslos hinzunehmen. Als »Störversuche« gewertete Fragen zum Umweltschutz, zu fehlenden Telefonanschlüssen oder langen Wartezeiten für PKW-Reparaturen wurden jedoch, so eine SED-interne Feststellung, »durch beherztes Auftreten der Kandidaten entschieden unterbunden«.¹⁴

Als ein weiteres Indiz für eine hohe gesellschaftliche Unzufriedenheit im Bezirk Halle ist die Ausreisewilligkeit mehrerer tausend Bürger anzusehen. Im Frühjahr 1989 hatten laut Informationen des MfS 6 273 Bürger einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt. Lediglich 678 Personen erteilte man bis zum Sommer eine Genehmigung zum Verlassen ihrer Heimat.¹⁵

Diesem resignierenden Protestverhalten setzten vor allem die Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen eine konstruktive DDR-kritische Position entgegen. Das MfS hatte herausgearbeitet, dass im Frühjahr 1989 im gesamten Bezirk Halle 20 Bürgerrechtsgruppen existierten. Von den geschätzten 350 Mitgliedern seien aber nur etwa 100 dem aktiven Kreis zuzurechnen.¹⁶ Dass sich solche Gruppen, denen das Vereinsrecht in der DDR vorenthalten wurde, bei der evangelischen Kirche ansiedelten, ist auf zwei Bedingungen zurückzuführen. Dies war zum einen kreative und selbstbestimmte Diesseitsgestaltung, die die Mitglieder der Gruppen anstrebten, und zum

anderen deren unumstößliche Ablehnung physischer und psychischer Gewalt.

Von den Ausreisewilligen bewegte sich nur eine kleine Minderheit im Umfeld der Gruppen bei der Kirche.¹⁷ Der Grund hierfür waren zum Teil völlig verschiedene Ziele. Die kirchennahen Gruppen sahen sich nicht selten von den Antragstellern auf Ausreise, die durch ihre Mitarbeit eine schnellere Ausreise bei den Behörden provozieren wollten, missbraucht. Zudem wurde den kirchennahen Gruppen von der staatlichen Seite das Etikett der sozialen Randständigkeit angeheftet, deren Umgebung man meiden müsste.

In mehreren offenen Briefen kurz vor den Kommunalwahlen 1989 an den Vorsitzenden der Volkskammer der DDR, Horst Sindermann, und den Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, mahnten Mitglieder der halleischen kirchennahen Gruppen, die »Umgestaltung und Erneuerung einzelner Bereiche« sei »dringend notwendig, um eine weitere Stagnation unserer Gesellschaft zu verhindern.« Sie forderten unter anderem eine Reform des Wahlgesetzes.¹⁸ Ein weiterer Brief stand unter der Überschrift »Neue Armut in der DDR«. Darin wurden die gesellschaftlichen Widersprüche im östlichen Deutschland thematisiert, und es wurde zu einer offenen gesellschaftspolitischen Diskussion aufgefordert.¹⁹ Andere Teile der kirchennahen Gruppen in Halle arbeiteten schon seit 1988 mit einem Thesenpapier des »Arbeitskreises Solidarische Kirche«. Die ihm angehörende »Arbeitsgruppe Wahlen« der »Regionalgruppe Thüringen« hatte auf mehreren Seiten Sinn und Zweck der Wahlen in der DDR herausgearbeitet. Scharfsinnig kam die Analyse zu dem Schluss, dass eine Wahlverweigerung die größte politische Wirkung entfachen könnte, da »in Bezug auf die Wahlbeteiligung auf den örtlichen Organen ein besonderer Druck lastet.«²⁰ Zu konstatieren bleibt, dass innerhalb dieser Gruppen bereits ein wesentlich höheres Bewusstsein für die gesellschaftliche Schieflage in der DDR vorhanden war als in anderen Bevölkerungsteilen.

Die internen Berichterstattungen an den ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Böhme am Wahltag, dem 7. Mai 1989, sind in der Regel von Formulierungen geprägt wie, überall herrsche »eine aufgeschlossene, festliche und optimistische Atmosphäre, (...) die davon bestimmt ist, die Kommunalwahlen 1989 als einen bedeutenden gesellschaftlichen Höhepunkt im 40. Jubiläumsjahr der DDR zu begehen.«²¹ Im Tagesverlauf wurde diese positive Darstellung des Wahlverlaufes lediglich durch Hinweise über vereinzelte Wahlkabinennutzungen (!) sowie einzelne Ankündigungen von Arbeitern, nicht wählen zu wollen, getrübt. Im Falle des Nichterscheinens einzelner Wähler waren die lokalen Wahlvorstände angehalten, die Wählerlisten zu Gunsten einer höheren Wahlbeteiligung zu manipulieren.

Wenig erfreuliche Zahlen aus der Sicht der SED hatte die halleische Hochschule für Industrielle Formgestaltung zu vermelden. Bei 115 abgegebenen Stimmen waren 25 Gegenstimmen für die Kandidaten der Nationalen Front zu verzeichnen. Dies entsprach einem Gegenstimmenanteil von nicht weniger als 21,74 Prozent!²² Die relativ schlechten Wahlergebnisse an den Hochschuleinrichtungen werden durch interne Materialien zu den Kommunalwahlen an der

40 Jahren DDR noch immer nicht in der Lage ist, die regelmäßigen Straßenreinigungen und Müllentsorgungen zu gewährleisten bzw. dass sich die Situation drastisch verschlechtert hat.«

STAH, Oberbürgermeister Nr. 118 Bd. 1, o. Pag.

11 Ebenda.

12 BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG 373, Bl. 85.

13 Zum »demokratischen Zentralismus« vgl.: Kleines Politisches Wörterbuch; Ost-Berlin 1967, S. 126 f. Die in diesem Zusammenhang interessanten Passagen: »demokratischer Zentralismus (...) Das bedeutet: Leitung der Partei von einem gewählten Zentrum aus; (...) straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe und die Mitglieder; aktive Mitarbeit der Parteimitglieder in ihren Organisationen zur Durchsetzung der Beschlüsse.«

14 STAH, Oberbürgermeister Nr. 118, Bd. 1, o. Pag.

15 In: Erscheinungen und Tendenzen der politisch-operativen Lageentwicklung 1. Halbjahr 1989, BStU, Ast Halle, Sachakte-AKG, Nr. 2263, Bl. 11, veröffentlicht in: Hans-Peter Löhn: »Unsere Nerven lagen allmählich blank«, a. a. O., S. 8.

16 Georg Wagner-Kyora: Eine protestantische Revolution in Halle, in: Günther Heydemann, Gunther Mai, Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90,

Berlin 1999, S. 335-364, hier S. 342.

17 Ebenda.

18 MDA Ki 10 e. Die konkreten Forderungen bestanden in der Zulassung von Kandidaten der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen, die Bestimmungen für die Auszählung der Stimmzettel sollten eindeutig und öffentlich dargelegt werden, objektive und unabhängige Kontrollen sollten die Wahlen begleiten und die Diskreditierung von Wahlkabinennutzern und Nichtwählern sollte eingestellt werden.

19 MDA RG-Bez 1.1 Tenor des Briefes ist, dass die seit den 1960er Jahren anhaltende »geistig-ideologische« Armut inzwischen in eine materielle Armut umschlägt. Dies drücke sich außer in der Wirtschaft zunehmend auch im Sozial- und Gesundheitswesen aus.

20 Arbeitskreis Solidarische Kirche – Regionalgruppe Thüringen – Arbeitsgruppe Wahlen, Arbeitsergebnis vom 23.11.1988, Archiv Frank Eigenfeld, hier S. 3.

21 LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/13/366, o. Pag.

22 Ebenda.

23 LHASA, MER, SED-GO MLU Halle, IV/F-7/761, Nr. 2, Blatt 35.

24 Vgl. dazu: »Freiheit« vom 8. 5. 1989.

25 BStU, ASt. Halle, MfS, BV-Halle, AKG 182, Bl. 190 f.

26 STAHL, Z 30/64, o. Pag.

27 BArch, SAPMO,

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bestätigt. Bei einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 99 Prozent stimmten 5,5 Prozent gegen die Einheitsliste. Am schlechtesten – aus der Sicht der SED – verliefen die Kommunalwahlen an den Fakultäten der Theologie sowie der Germanistik/Kunstwissenschaft.²³

Am Montag, dem 8. Mai 1989, titelte das »Neue Deutschland« mit der Schlagzeile »Eindrucksvolles Bekenntnis zu unserer Politik des Friedens und des Sozialismus«. Von einer hohen Wahlbeteiligung war die Rede, von erfüllten und überbotenen Plänen der Arbeitskollektive anlässlich der Wahlen und den künftigen Wettbewerben zum 40. Jahrestag der DDR. Die West-Berliner alternative »tageszeitung« verkündete hingegen: »1 % weniger – für die DDR ein Erdbeben. (...) Oppositionelle vermuten Manipulation.« In der Tat wies das offiziell verkündete Endergebnis mit 1,15 Prozent den höchsten Nein-Stimmenanteil bei einer Wahl in der Geschichte der DDR aus. Für den Bezirk Halle war allerdings ein überdurchschnittlich gutes Wahlergebnis veröffentlicht worden. Bei 99,28 Prozent Beteiligung hatten 99,37 Prozent der Wähler der Einheitsliste ihre Zustimmung gegeben. Lediglich der Bezirk Rostock konnte eine höhere Zustimmung vorweisen.²⁴ Für die Stadt Halle wurden eine Wahlbeteiligung von 98,94 Prozent und eine Zustimmung von 98,8 Prozent veröffentlicht. Für die Stadt Halle war die offizielle Zahl der Nichtwähler im Vergleich zu den Volkskammerwahlen vom Jahr 1986 von 669 auf 1951 empor geschossen. In einem internen Analyse-Papier des MfS wurde die Zahl der Nichtwähler für die Stadt Halle sogar mit 9219 angegeben. Dies entspräche einem realen Nichtwähleranteil von fünf Prozent.²⁵

SED-intern wurde der Wahlausgang als Sieg gewertet, nicht zuletzt darauf gestützt, dass man den Anteil der Parteimitglieder in den Kommunalvertretungen noch um 19 Mandate steigern konnte.²⁶ Auf der zentralen Parteiebene – dem Politbüro, dessen Mitglied auch der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle Hans-Joachim Böhme war – schätzte man die Wahl wie folgt ein: »Die Wahlbewegung demonstrierte die lebendige, sich ständig vervollkommnende sozialistische Demokratie in der DDR.«²⁷

Ein gänzlich anderes Bild zeichnete die regelrechte Eingabenflut, die sich über die verschiedenen an der Wahldurchführung beteiligten Institutionen ergoss. In den überlieferten Aktenbeständen des zentralen Wahlleiters Egon Krenz finden sich fast hundert Eingaben allein auf den Bezirk Halle bezogen.²⁸

Am 29. Mai 1989 musste der frisch gewählte Oberbürgermeister der Stadt Halle, Eckhard Pratsch, den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Alfred Kolodniak, davon in Kenntnis setzen, »dass in der Stadt Halle an Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtbezirksversammlungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 ein »Offener Brief« verschickt wird.«²⁹ Den Inhalt dieses Briefes schätzte man als so brisant ein, dass der Leiter der Kreisstelle des MfS informiert wurde, um »notwendige Maßnahmen« mit ihm abzustimmen. Was war der Grund?

Auf vier Seiten hatten »Wahlbeobachter« der kirchennahen Gruppen die Ergebnisse und Schlussfolgerungen ihrer Arbeit am Wahltag zusammengefasst und auf dem Postweg den neuen kommunalen Ab-

geordneten zugestellt.³⁰ Das mit Abstand auffälligste Ergebnis hatten die Wahlbeobachter im Wahllokal 317 registriert. Bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 84,7 Prozent notierten sie 17,8 Prozent Gegenstimmen. Durchschnittlich hatten die Wahlbeobachter einen Nein-Stimmenanteil von etwas über fünf Prozent ermittelt sowie einen Nicht-Wähleranteil von über acht Prozent. Zwischen dem offiziellen Ergebnis für die Stadt Halle, welches ja schon unter dem Bezirksdurchschnitt lag, und den unabhängig festgehaltenen Teilergebnissen bestand also eine erhebliche Differenz. Als ein weiterer Hauptkritikpunkt wurde in dem vierseitigen Schreiben der Umgang mit den Wählerlisten dargestellt. Die Wahlprotokolle in den einzelnen Wahllokalen waren mit Bleistift ausgefüllt worden. Einer nachträglichen Änderung der tatsächlichen Ergebnisse und der Wahlbeteiligung waren somit Tür und Tor geöffnet.³¹

Die Beobachtung der Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 stellte eine erste regional übergreifende Protestform der kirchennahen Gruppen dar. Unter Inanspruchnahme von geltendem DDR-Recht wurde die Wahl von ihnen kritisch begleitet. Dies geschah zunächst abseits einer breiten Öffentlichkeit. Der Versuch einer republikweiten Dokumentation stellte die Samisdat-Schrift ›Wahlfall 89‹ dar.³²

Aus den unabhängigen Wahlbeobachtungen wird deutlich, dass die Gründe für die Dynamik der Prozesse im Herbst 1989 in der DDR chronologisch erheblich früher wurzeln. Diese Dynamik kann nämlich nur dann plausibel erklärt werden, wenn man zwei Faktoren berücksichtigt, denen sich die Parteiführung der SED sowie die Staatsführung der DDR im Herbst 1989 ausgesetzt sahen. Erstens existierten schon seit längerem Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche. Diese Gruppen verfügten über einen personellen und programmatischen Kern – aber sie verfügten wohl über keine einheitliche zukunftsorientierte Handlungskonzeption. Die kirchennahen Gruppen bestanden dabei nicht lokal oder regional voneinander isoliert, sondern waren durch frühere Aktivitäten personell und programmatisch miteinander lose verbunden. Zweitens thematisierten diese Gruppen unter strikter Berücksichtigung der Gesetzgebung reelle Missstände in der DDR.

In der Saale-Stadt Halle bildeten sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre kirchennahe Gruppen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten heraus. Bei einer geringen Anzahl von aktiven Mitgliedern waren personelle Verflechtungen und Überschneidungen in den verschiedenen Gruppen dabei nicht unüblich. Für alle kirchennahen Gruppen in Halle ist dabei die Einschätzung treffend, dass nach deren Gründung ab Mitte der 1980er Jahre eine Phase der Resignation und Gleichgültigkeit einsetzte. Grund dafür war offensichtlich die inhaltliche und personelle Einflussnahme des MfS. Erst Ende der 80er Jahre registrierte das Ministerium wieder zunehmende öffentlichkeitswirksame Aktivitäten.³³ Die Namen der Gruppen stehen dabei plakativ für ihr Tätigkeitsfeld: ›Frauen für den Frieden‹; ›Ökologische Arbeitsgruppe‹ oder ›Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung‹. Für Jugendliche, die sich nicht den staatlichen Organisationen anschlossen, waren besonders die offene Jugendarbeit der ›Kirche von unten‹ sowie eine Baugruppe, die sich um die Instandsetzung der Georgenkirche bemühte, attraktiv.

DY 30/J IV 2/2R/137,
Blatt 55-75.

28 BArch, SAPMO,
DY 30 IV 2/2.039/173.

29 STAHL, Oberbürgermeister Nr. 139, o. Pag.

30 Offener Brief an die Abgeordneten der Stadtverordneten- und Stadtbezirksverordnetenversammlung Halle, 4 Seiten, Archiv Halle Eigenfeld. Die nachfolgenden Angaben und Zitate beziehen sich auf diesen Brief.

31 Später getätigte Aussagen von Wahlleitern bestätigen diese Vermutung: »(...) 67 Stimmen gegen den Wahlvorschlag hatte ich jeweils auf dem Vordruck einzutragen nach telefonischer Rücksprache mit den 3 Wahlbüros. Wieder striktes Verbot der Weitergabe, eine Einsammlung der Vordrucke. Ungeduldig rief schon eine Frau von der Zentralen Rechengruppe an, wo blieben die Wahlergebnisse. Nach ca. 15 min. dann die pendelnde Person mit den gefälschten Wahlergebnissen. Und hier erschien mir der Betrug offensichtlich. Aus den 67 Stimmen gegen den Wahlvorschlag wurden 37 gemacht.« Vgl. ›Blattwerk‹ Nr. 6 vom 18.12.1989, S. 2; MDA PER 48.

32 Koordinierungsgruppe Wahlen (Hrsg.): Wahlfall 1989. Eine Dokumentation, Samisdat, 37 Seiten; vgl. auch Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, Bonn 1997, S. 810 ff.

33 Christoph Kuhn: »Inoffiziell wurde bekannt ...« – Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis

Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang »Heide«; Magdeburg 1996, S. 18 f.

Als einzigartig in der Kirchengeschichte der DDR galt der »Aktionskreis Halle«. Er stellte die einzige reformerisch-kritische Gruppe der katholischen Kirche in der DDR dar. Um den Konflikt zwischen den Ausreisewilligen, die sich im Umfeld der Kirche bewegten, und den Reformgruppen in Halle zu entschärfen, wurde im August 1988 zudem die Veranstaltungsreihe der »Nachtgebete« ins Leben gerufen. Innerhalb dieser Gruppen-Szene dienten unter anderem Samisdat-Schriften wie das »Blattwerk« seit Mitte der 1980er Jahre als Kommunikationsmittel. Letztlich durch den jeweiligen Superintendenten der evangelischen Kirche verantwortet, hatten die offiziellen Stellen kaum eine rechtliche Möglichkeit, gegen solche Schriften »zum innerkirchlichen Gebrauch« vorzugehen.

Nachdem im November 1988 eine gesamte Ausgabe des »Blattwerkes« durch die Polizei beschlagnahmt wurde, setzte unter den Aktiven ein Radikalisierungsschub ein. Von den basisdemokratischen Strukturen, die zum Teil der evangelischen Kirchenverwaltung entlehnt waren, entstand sich abkehrend ein »harter Kern«. Vereinzelt Aufsehen erregende Aktionen wurden nun unter konspirativen Umständen geplant und durchgeführt. Nach außen eher harmlosen Aktionen, wie das Anbringen von Umweltplakaten zum internationalen Weltumwelttag oder während eines Volksfestes, kommt neben der gestiegenen Inkaufnahme von harten persönlichen Konsequenzen eine weitere symbolische Bedeutung zu: das zunehmende Streben der Gruppen an die Öffentlichkeit. Nach Öffentlichkeit gegenüber den staatlichen Institutionen – aber auch das Streben nach Öffentlichkeit gegenüber der Kirche.³⁴

Für die staatlichen Sicherheitsorgane war die Kontrolle der Gruppen durch deren Anbindung an die Kirche einfacher geworden. Durch offizielle und inoffizielle Mitarbeiter – auf staatlicher und kirchlicher Seite – waren die Gruppen ständig der Beobachtung und Einflussnahme ausgesetzt gewesen. Eine Studie der Magdeburger Kirchenleitung, der damals auch die Stadt Halle unterstellt war, belegt die unerwartet hohe Durchsetzung der evangelischen Kirchenleitung mit MfS-Mitarbeitern. Die Studie kommt zu dem Schluss: durch die inoffiziellen Mitarbeiter in den Schlüsselpositionen »war die Stasi wirklich immer dabei.«³⁵ Die Spitzelstruktur des MfS verlor mit dem Radikalisierungsschub innerhalb der Gruppen und der damit einhergehenden Konspiration jedoch bis in den Herbst 1989 hinein an Wirkung.

Das Neue Forum

Den entscheidenden Schritt an die Öffentlichkeit, hinter den die Reformgruppen auch in Halle nicht mehr zurückfallen konnten, vollzogen sie Anfang September 1989 republikweit mit der Gründung des Neuen Forums.

Die gesellschaftspolitische Auswirkung des Gründungsaufrufes durch die Vertreter des Neuen Forums kann am Beispiel der Saale-Stadt exemplarisch nachvollzogen werden. Mit Katrin und Frank Eigenfeld nahmen zwei hallesche Vertreter an dem Gründungstreffen des Neuen Forums auf dem Grundstück des verstorbenen Robert Havemann in Grünheide teil. Beide Eigenfelds gehörten seit den 1980er Jahren zu den aktivsten Bürgerrechtlern in Halle. Bereits

34 Diese These wird auch von einem damaligen Gruppenmitglied bestätigt: »Ich habe es für mich immer so verstanden, dass wir nicht nur einen Gegner hatten, dass natürlich auch die Kirche irgendwo der Gegner war. Sie haben uns, so wie ich das verstanden habe, zensiert, reglementiert, sie haben uns behindert, sie haben uns wohlmeinend schützen wollen, behüten wollen, damit entmündigt und die Arbeit sehr erschwert.« – Katrin Eigenfeld in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«; Frankfurt am Main 1995, S. 256.

35 Harald Schultze, Waltraut Zachhuber: Spionage gegen eine Kirchenleitung. Detlef Hammer – Stasi-Offizier im Konsistorium Magdeburg, Magdeburg 1994, S. 59.

1986 gehörten sie zu den Erstunterzeichnern einer Parteitagseingabe der ›Initiative für Frieden und Menschenrechte‹ an den XI. Parteitag der SED.³⁶ Die Teilnahme beider Eigenfelds an der Gründung des Neuen Forums verdeutlicht den Rückgriff der Reformbewegung in der DDR im Frühherbst 1989 auf bereits bestehende personelle Verflechtungen. Damit gingen eine gewisse überregionale Organisation und ein Mindestmaß an Infrastruktur einher. Dafür wiederum war die Ansiedlung der Reformgruppen an die evangelische Kirche unabdingbar.

Auf die republikweite Anmeldung der Tätigkeit des Neuen Forums am 19. September 1989 reagierte die SED-Führung um Erich Honecker gereizt. Das 40-jährige Jubiläum der Deutschen Demokratischen Republik sollte mit Staatsgästen aus aller Welt als Erfolgsgeschichte dargestellt werden. Politische Opposition galt im eigenen Lande offiziell schon lange als überkommenes bürgerliches Relikt. Weil »die sozialistische Staatsmacht die Interessen des Volkes verkörpert und seinen Willen verwirklicht, die Staatsmacht tatsächlich vom Volk ausgeht (...), dem Aufbau des Sozialismus und damit der kontinuierlichen Entfaltung umfassender Demokratie sowie der ständig besseren Befriedigung der materiellen und ideellen Lebensbedürfnisse aller Werktätigen dient, richtete sich jegliche Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung, gegen die Werktätigen selbst«.³⁷

Die Aktivitäten des Neuen Forums in der Stadt Halle konzentrierten sich bis Ende Oktober 1989 auf den strukturellen Aufbau in die Gesellschaft hinein sowie auf die offizielle Anerkennung als politischer Gesprächspartner in der Stadt. Bis zum 19. Oktober 1989 sahen sich die Gründungsmitglieder dabei immer wieder Repressalien der Sicherheitsorgane ausgesetzt.³⁸ Neben der Beschlagnahme von Informationsmaterialien kam es wiederholt zu kurzzeitigen Inhaftierungen. Derweil konnten die Vertreter des Neuen Forums bei ihrem Einspruch gegen das staatliche Verbot dem Rat des Bezirkes ca. 2000 gesammelte Unterstützer-Unterschriften vorlegen. Zudem war bereits in jedem haleschen Stadtbezirk ein Sprecherrat des Neuen Forums installiert worden. Die faktische Anerkennung des Neuen Forums als Gesprächspartner in Halle erfolgte am 26. Oktober 1989. Hans-Joachim Böhme hatte vier Vertreter des Neuen Forums zu einem persönlichen Gespräch für den 30. Oktober in die SED-Bezirksleitung eingeladen. Bereits am 26. Oktober hatte sich Günter Schabowski, wie Böhme Politbüro-Mitglied, in Berlin mit Mitbegründern des Neuen Forums zu Gesprächen getroffen. Von der SED wurden diese Gespräche als Ausdruck der eigenen Dialogbereitschaft auf der Grundlage der Verfassung der DDR bezeichnet. Man bezog sich dabei auf die Beschlüsse der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 18. Oktober 1989, jener Sitzung, auf der Egon Krenz zum Nachfolger Honeckers gewählt wurde.³⁹

Die zwei Hauptforderungen der frühen Herbstproteste 1989 wurden durch das Neue Forum formuliert. Sie hießen Vereinigungsfreiheit und offener Dialog innerhalb der DDR. Diese Punkte beinhalten in ihrer politischen Konsequenz alle weiteren Forderungen nach Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit, freien Wahlen und auch Reisefreiheit. Wie wenig die führenden Politiker aller Parteien in der

36 Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, a. a. O., S. 600 f.

37 Kleines Politisches Wörterbuch, a. a. O., S. 471. – Diesem Duktus verhaftet, heißt es in einem chiffrierten Fernschreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, an die ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom 22. September 1989 in Bezugnahme auf die Anmeldung des Neuen Forums: » (...) in der letzten Zeit haben auf verschiedenen Ebenen Aktivitäten unserer Feinde stattgefunden, die darauf gerichtet sind, entsprechend der bundesdeutschen Propaganda konterrevolutionäre Gruppen zu organisieren. (...) Es bestand Übereinstimmung, dass diese feindlichen Aktionen im Keime erstickt werden müssen, dass keine Massenbasis dafür zugelassen wird. (...) gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass die Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeit isoliert werden.« – Chiffriertes Fernschreiben Erich Honeckers an die ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom 22.9.1989, Archiv Roland Claus beim ADS.

38 Vgl. dazu Frank Eigenfeld: Bürgerrechtsbewegungen 1988-1990; in: Andrea Pabst, Katharina Schultheiß, Peter Bohley (Hrsg.): Wir sind das Volk? Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende, Tübingen 2001; sowie Frank Eigenfeld: Verzieht euch endlich, Pack, ihr elendes! Erlebnisse im Herbst 1989 in Halle, unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

39 Vgl. ›Neues Deutschland‹ vom 27.10.1989; ebenso Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED: Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 21.

40 In Leipzig demonstrieren am 2./9./16. Oktober 1989 10 000/50 000/100 000 Menschen. Vgl. ›Die tageszeitung‹ vom 4. 10. 1989/11. 10. 1989/18. 10. 1989; zu den Ereignissen in Leipzig vgl. u. a. Ekkehard Kuhn: ›Wir sind das Volk!‹ Die friedliche Revolution in Leipzig, 9. Oktober 1989, Berlin 1999, sowie: Tobias Hollitzer: Der friedliche Verlauf des 9. Oktober 1989 in Leipzig – Kapitulation oder Reformbereitschaft? Vorgeschichte, Verlauf und Nachwirkung, in: Günther Heydemann, Gunther Mai, Werner Müller (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, S. 247-289.

41 Tagesbericht der AKG: Über die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Absicherung des 40. Jahrestages, vom 8.10.1989; BStU, Ast. Halle, Zugangsnummer 7/93, o. Pag, abgedruckt in Hans-Peter Löhn: ›Unsere Nerven lagen allmählich blank‹, a. a. O., S. 10.; siehe auch Zeitweilige Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozess in Halle 1989/1990, Abschlussbericht, Archiv des Verein Zeitgeschichte(n) e.V.

42 BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 1174, Bl. 30.

43 Wieland Berg: Wasser auf die Mühlen. Die Saaleaktionen 1989 zwischen Wahlfälschung und Mon-

DDR im Herbst 1989 diesen Forderungen gerecht wurden, zeigte das einsetzende Protestverhalten der Bevölkerung.

Der öffentliche Protest: konstituierende Phase

In Halle konnte Mitte Oktober 1989 von einer Demonstrationskultur, wie sie sich in der nur 35 Kilometer entfernten Messe-Stadt Leipzig mittlerweile etabliert hatte, noch keine Rede sein.⁴⁰ In der Saale-Stadt schienen die gesellschaftlichen Verhältnisse – aus der Sicht der SED – noch stabil zu sein. Ähnlich wie in Leipzig sollten aber in der Folgezeit auch in Halle die wöchentlich am Montag veranstalteten Demonstrationen den Takt der gesellschafts-politischen Veränderungen vorgeben.

Um die öffentliche Protestbewegung in Halle in den letzten Monaten des Jahres 1989 anschaulich erfassen zu können, bietet sich methodisch eine Aufteilung in drei Phasen an. Der konstituierenden Phase in der ersten Oktoberhälfte schloss sich demnach eine kulminierende Phase bis in den November an. Ab Mitte November setzte dann eine regressive aber keineswegs restaurative Phase ein. Diese Phaseinteilung bezieht sich dabei auf die Anzahl der Protestteilnehmer – also die Quantität des öffentlichen Protestes. Gleichzeitig durchliefen Charakter und Inhalt – um im Bilde zu bleiben: die Qualität des öffentlichen Protestes – einen Wandel. Dieser qualitative Wandel soll im Folgenden ebenfalls herausgearbeitet werden.

Die konstituierende Phase in Halle ist durch das Bemühen von den Mitgliedern der kirchennahen Reformgruppen und ihrer Sympathisanten, eine öffentliche Protestkultur in der Stadt zu etablieren, geprägt. Dabei bleibt deren Verhalten zunächst stark von Improvisation geprägt und der Kreis der Rezipienten gering.

Am Sonnabend, dem 7. Oktober 1989, dem Tag des 40. Staatsjubiläums der DDR, kam es in der Folge einer Kirchenveranstaltung zu einem ersten öffentlichen Protest auf dem städtischen Marktplatz. Der Ansammlung am Abend ging dabei keinerlei Planung voraus; die Teilnehmer waren teilweise stark alkoholisiert und nicht dem Umfeld der Reformgruppen zuzurechnen. Im Zuge der vollen Einsatzbereitschaft für die Sicherheitskräfte zum Staatsjubiläum waren mehrere hundert Polizisten, MfS-Mitarbeiter sowie in Zivil die Kampfgruppenhundredschaft ›Karl Meseberg‹ im Einsatz, um ›konterrevolutionäre Tätigkeiten‹ zu verhindern. Insgesamt wurden an diesem Abend 48 Personen auf dem haleschen Marktplatz verhaftet.⁴¹ Neben der Verhinderung eines öffentlichkeitswirksamen Protestes zielte das MfS Anfang Oktober 1989 vor allem darauf ab, ›weitere Erkenntnisse über die Pläne und Absichten der feindlichen Kräfte und Gruppierungen herauszuarbeiten bzw. disziplinierend und zersetzend einzuwirken.‹⁴²

Die Vorgeschichte der ersten Montagsdemonstration in der Saale-Stadt verdeutlicht jedoch, wie sehr die Reformgruppen gelernt hatten, sich der Kontrolle des Staatssicherheitsdienstes der DDR zu entziehen. Im Umfeld der Reformgruppen wurde das Gerücht gestreut, dass am 9. Oktober 1989 ein ›sit in‹ vor der haleschen Marktkirche stattfinden würde. Tatsächlich fanden sich an besagtem Tag nach und nach mehrere hundert Menschen ein.⁴³ Ein Plakat der Organisatoren erläuterte das Anliegen der schweigenden Menge: ›Gewaltloses Wi-

derstehen, Schweigen für Leipzig, Schweigen für Reformen, Schweigen fürs Hierbleiben«. Blumen und Kerzen mussten noch fehlende Sprechchöre ersetzen. Die Sicherheitskräfte der Stadt reagierten wie zwei Tage zuvor mit einem undifferenzierten gewaltsamen Vorgehen, um die Öffentlichkeitswirksamkeit der Ansammlung zu unterbinden. Dies spiegelte sich unter anderem darin wider, dass ein Großteil der über 40 Verhafteten einfache Passanten waren. Der ›harte Kern‹ der Protestler hatte sich derweil in den Schutz der Marktkirche begeben. Nach zähen Verhandlungen durften sie diese unbehelligt verlassen.

Wie inzwischen bekannt ist, waren die im Raum Halle stationierten Armee-Einheiten an diesem Tag in erhöhte Gefechtsbereitschaft versetzt worden. Was unter anderem bedeutete, dass an die verschiedenen Mannschaften Schusswaffen ausgehändigt wurden und je Mann bereits 300 Schuss Munition auf LKW verladen waren.⁴⁴ Das halleische Beispiel zeigt sehr deutlich, dass es am 9. Oktober 1989 in der DDR keine zentrale Vorgabe zu einem Gewaltverzicht für die verschiedenen Sicherheitsorgane gab. Das vorgegebene Ziel war immer noch das Verhindern und Unterbinden von abweichendem gesellschaftspolitischen Verhalten und Gedankengut. In Dresden hatte die ›Gruppe der 20‹ bereits am Vortag Gespräche mit dem Bürgermeister Wolfgang Berghofer vereinbart, und in der international weitaus stärker wahrgenommenen Messe-Stadt Leipzig schreckte die politische Führung nur wegen über 50 000 Demonstranten vor einem repressiven Vorgehen am 9. Oktober 1989 zurück. In Halle musste in der ersten Oktoberhälfte 1989 der Raum der Kirche Andersdenkenden hingegen noch den Schutz bieten, den diese im Grunde nicht mehr beanspruchen wollten.

In der Folgewoche wurden die programmatischen Forderungen aufgestellt, hinter denen sich in Halle eine breite Protestbewegung formierte. Die Forderungen nach Gewalt-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit unterschieden sich dabei nicht von denen in anderen städtischen Zentren. Sie wurden unter Federführung der bereits jahrelang Engagierten aufgestellt.⁴⁵ Mit der nächsten Demonstration am 16. Oktober 1989 wurde in Halle der Weg für die Institutionalisierung der Montagsdemonstration nach dem Leipziger Vorbild bereitet. Etwa 1 500 Hallenser forderten Gewaltfreiheit auch in ihrer Stadt. Die Bedeutung dieser Demonstration liegt darin, dass sie die Spirale der Gewalt in Halle tatsächlich außer Kraft gesetzt hat. Bereits im Verlauf des Tages wurden die Sicherheitsorgane im Bezirk dahingehend instruiert, »dass ein direkter Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel nur dann erfolgt, wenn Personen oder Objekte angegriffen bzw. andere schwere Gewalthandlungen inszeniert werden.«⁴⁶

Völlig unklar bleibt die Meldung der ZDF-Nachrichtensendung ›heute‹, in der von einer Demonstration mit angeblichen 20 000 Teilnehmern in der Saale-Stadt zu diesem Zeitpunkt die Rede war.⁴⁷ Denn die erste ›richtige‹ Demonstration fand erst in der darauf folgenden Woche statt. Wenige Tage nach der Absetzung Erich Honeckers zogen am 23. Oktober 1989 annähernd 7 000 Menschen durch die halleische Innenstadt.⁴⁸ Im Ergebnis der Demonstration stand ein Dialogangebot, welches dem halleischen Oberbürgermeis-

tagsdemos in Halle – und wie die Stasi nur noch hinterherlief, Halle 2000, S. 121; Frank Eigenfeld erinnert sich: »Die Kirche dagegen war noch mit über 2 000 Personen überfüllt (...)«, in: Frank Eigenfeld: Verzieht euch endlich, Pack, ihr elendes!, S. 8. Dagegen ist im »Tagesbericht zur Entwicklung der politisch-operativen Lage im Bezirk Halle am 9.10.1989« des MfS von 400 Personen vor der Kirche und 200 Personen in der Kirche die Rede. BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 1174, Bl. 9 f.

44 Vgl. Zeitweilige Kommission (...), Abschlussbericht, S. 14.

45 Vorschlag für ein erstes, wenngleich außer-ordentliches Treffen der Initiative NEUES FORUM zu einer Versammlung für Gewaltfreiheit, Archiv Frank Eigenfeld, auch Archiv Hans Hanewinkel.

46 Telegramm des Leiters der MfS Bezirksverwaltung Halle, Generalmajor Schmidt, vom 16. 10. 1989, BStU, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 2162, Bl. 30 f.

47 Vgl. dazu ›Freiheit‹ vom 17. Oktober 1989, S. 2.

48 Die lautstarken Forderungen zeugen von einem gewachsenen Selbstbewusstsein der Demonstrationsteilnehmer: »Wir sind das Volk!«, »Wir bleiben hier!«, »Schließt euch an!«, »Weg mit den Kampfgruppen!«. Das MfS zählte 34 Transparente. Sie trugen exemplarisch die Losungen: »NEUES FORUM zulassen«, »Mehr sozial, weniger muss!«, »Ja zur Demokratie«, »Pressefreiheit«, »Bei

Halle-Fragen alle fragen!«, »Visafrei bis Shanghai«, »Reform Egon Krenz – sonst hast du keine Fans« und »Freie Wahlen«. – »Zur Demonstration am 23. 10. 1989 mitgeführte Losungen«, BStU, Ast. Halle, MfS, BV Halle, AKG, Sachakten 1174, Bl. 102 f; siehe auch »Bericht über den Verlauf der am 23. 10. 1989 auf dem Marktplatz in Halle durchgeführten Demonstration«, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5/261, Bl. 64-67; vgl. »Freiheit« vom 24.10.1989; auch Frank Eigenfeld: »Verzieht euch endlich, Pack, ihr elendes!«, S. 12.

49 Vgl. Bezirksleitung Halle der SED, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hrsg.): Gedenk- und Erinnerungsstätten der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle, Halle 1971, S. 57 f.

50 So äußerte sich unter anderem Prof. Reinhard Mocek, der von Kirchenvertretern als sachlicher Moderator für die Veranstaltung vorgeschlagen wurde, in einem Gespräch mit dem Verfasser am 20. 1. 2006. Prof. Mocek fungierte seinerzeit als Dekan der philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

51 Vgl. Udo Grashoff: Keine Gewalt! Der revolutionäre Herbst 1989 in Halle an der Saale. Dokumente und Interviews, Halle 2004, S. 48 f; ebenso André Gursky: 26. Oktober Volkspark, in: Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle Verein für erlebte Geschichte (Hrsg.): ereignisse im herbst 89, S. 102 f; vgl. auch »Freiheit« vom

ter Eckhard Pratsch abgerungen wurde. Diese, am 26. Oktober 1989 im Volkspark durchgeführte Dialogveranstaltung, bildet den Schlüsselpunkt der konstituierenden Phase des Protestes in Halle. Die Wahl des Veranstaltungsortes war dabei durchaus symbolträchtig: Der Volkspark, im Jahr 1907 eröffnet, ist ein traditionsreicher Veranstaltungsort der Arbeiterbewegung in Halle gewesen. Der linke Flügel der USPD sprach sich auf einem außerordentlichen Parteitag 1920 in jenem Volkspark für ein Zusammengehen mit der KPD aus. Im Jahr 1924 wurde der Rot-Front-Kämpferbund hier gegründet.⁴⁹ Bis zu 6000 Bürger nahmen im Oktober 1989 an der Dialogveranstaltung im Volkspark teil. Die Podiumsdiskussion ist den Beteiligten vor allem als eine verpasste Chance, um konkrete inhaltliche Reformen einzuleiten, im Gedächtnis geblieben.⁵⁰ Statt eines sachlichen Dialogs entwickelten sich immer wieder emotionale Debatten. Hinzu kam eine völlig unzureichende technische Vorbereitung durch den Veranstalter – die Stadt Halle. Mehrfach drohte die Veranstaltung in einem Skandal zu enden, als wiederholt Gerüchte um eine Gegendemonstration der SED angesprochen wurden.⁵¹

Die erste Phase der offenen Protestbewegung in Halle, die bis in die zweite Hälfte des Oktobers 1989 reichte, war im wesentlichen durch die Akteure der kirchennahen Reformgruppen geprägt – am stärksten durch die Gründungsmütter und -väter vom Neuen Forum. Diese Akteure waren die Einzigen, die sich zu diesem Zeitpunkt der Gefahr des sozialen Abstiegs offen stellten, so sie ihn nicht schon vorher in Kauf genommen hatten. Denn, so drückte es der Hallenser Frank Eigenfeld auf seine eigene Biographie bezogen aus: »In den späten Jahren der DDR riskierte man den sozialen Abstieg, Überwachung, Berufsverbot, Reiseverbot, Gefängnis – aber nicht das Leben.«⁵²

In welchem Spannungsfeld die DDR-Kritiker, die ihre politischen Forderungen ja mit der geltenden Verfassung der Republik begründeten, sich tatsächlich bewegten, zeigen die parteiinternen Äußerungen von führenden SED-Funktionären. Der erste Sekretär der SED-Stadtleitung Halle, Karl-Heinz Falkenstein, bezeichnete so unter anderem eine Veranstaltung, auf der sich die Demonstranten auf strikte Gewaltfreiheit verständigten, »als eine klare feindlich, negative Zusammenrottung«. Zusammenfassend schwor Falkenstein die anwesenden Sekretariatsmitglieder ein: »In Dresden, in Leipzig hat der Gegner sein Ziel erreicht, ich sage das so, wie es ist, es ist eindeutig, von ihnen ist in Halle noch nicht erreicht worden, was sie wollen. Denn hier ist ja schließlich das Zentrum der Arbeiterklasse, das rote Halle. Da waren wir stolz drauf und das wollen sie jetzt erreichen und deshalb konzentrieren sie sich voll auf uns und deshalb machen sie alles, um das weiterzuführen.«⁵³

Im Sinne des in der Antrittsrede von Egon Krenz proklamierten Dialogs »mit dem Gesicht zum Volke«⁵⁴ stellten sich einzelne Mitglieder der SED-Stadtleitung am 23. Oktober 1989 den Teilnehmern der Montagdemonstration zum Gespräch. In internen Berichten an die SED-Stadtleitung schilderten sie die Situation wie folgt: »Nach meiner gestrigen zweieinhalbstündigen Diskussion mit Demonstranten auf dem Marktplatz von Halle bin ich der Meinung: Die Mehrzahl der demonstrierenden Bürger wollen den Dialog, sie sind um

den Sozialismus besorgt (...) Die Masse erwartet schnell sichtbare Zeichen von unserer Parteiführung und Regierung sowie Dialogbereitschaft von allen auf allen Ebenen.« Diese durchaus realistische Einschätzung der Situation mündete allerdings in der dogmatischen Aufforderung an die Bezirksleitung der SED, »sichtbare Maßnahmen zu ergreifen, damit alle 250 000 Kommunisten unseres Bezirkes wirksam werden. Die alte Losung Kommunisten an die ›Front‹ hat nach meiner Meinung jetzt volle Gültigkeit.«⁵⁵ Und der erste SED-Bezirkssekretär Böhme formulierte seine Erwartungshaltung an die Partei am 19. Oktober 1989 intern so: »Es würde mit dem Teufel zugehen, wir können doch nicht zulassen, dass 1 500 Kerzchenträger die Stadt Halle bestimmen.«⁵⁶

Die Stimmung auf der unteren Parteiebene der SED war zu diesem Zeitpunkt bereits von einer zunehmenden Orientierungslosigkeit geprägt. Die über Jahre hinweg ausgebauten Parteistrukturen im Sinne des demokratischen Zentralismus führten dazu, dass Probleme zwar nach ›oben‹ weitergeleitet wurden, aber deren Lösung vor Ort nicht angegangen wurde. Immer wieder ertönte auf der unteren Parteiebene Unmut über fehlende ›zentrale‹ Anweisungen. So entsteht das Bild überforderter Nomenklaturkader und einer orientierungslosen Parteibasis.⁵⁷

Die SED war in dieser Situation nicht in der Lage, sich von ihrem ideologischen Ballast zu befreien. Dieses Urteil bezieht sich auf programmatische sowie personelle Entscheidungen in der Partei. Zum Ausdruck kam dies nicht zuletzt durch anlaufende Planungen zu einer Großdemonstration in Halle. Am 24. Oktober 1989 hatte das Sekretariat der SED-Stadtleitung auf einer Sondersitzung die Konzeption zu einer Veranstaltung mit 60 000 Teilnehmern im Zentrum der Stadt beraten. Die Demonstration sollte am darauf folgenden Montag, dem 30. Oktober 1989 stattfinden.⁵⁸ Vermutlich war sie als Machtdemonstration zu den im Vergleich bisher relativ kleinen Montagsdemonstrationen in Halle geplant. Die Demonstration scheiterte schließlich daran, dass die Parteibasis in den Betrieben den Aufrufen der Partei nicht Folge leistete. In der Tat muss man davon ausgehen, dass die SED die angedachte Demonstration nutzen wollte, um friedlich ihre vermeintliche Stärke in der Stadt unter Beweis zu stellen. In diesem Sinne stehen Äußerungen des ersten Sekretärs der SED-Stadtleitung Falkenstein auf der Stadtleitungssitzung am 20. Oktober 1989: »Das nächste mal bei einer solche Aktion eben 5- oder 10 000 Kommunisten auf diesen Markt zu bringen, um hier entgegenzuhalten, dann muss das auch kurzfristig möglich sein. Auch darauf muss man sich in jeder Parteiorganisation einstellen. Nicht, um dort eine Prügelei zu veranstalten, nein um sie politisch praktisch auseinanderzubringen.«⁵⁹

Interessanterweise griff die SED hier die Idee eines Krisenregulationsmechanismus aus dem Jahre 1953 auf. In Halle hatte die SED am 26. Juni 1953 – knapp eine Woche nach der Streikbewegung – eine Großkundgebung mit etwa 75 000 Teilnehmern durchgeführt. Das offensichtliche Anliegen war es gewesen, die zurück gewonnene Macht über den öffentlichen Raum zu demonstrieren. In einem Polizeibericht zu der Kundgebung im Jahr 1953 heißt es: »Als Genosse Fred Oelssner (Mitglied des ZK der SED – d. A.) konkret

27. 10. 1989 sowie Information über den Verlauf der Veranstaltung im Volkspark Halle vom 1. November 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, Abt. XX, Sachakten 1085, Bl. 15 ff.

52 Vgl. Frank Eigenfeld: Bürgerrechtsbewegungen 1988-1990, a. a. O., S. 66.

53 In: Protokoll über die Sitzung der Stadtleitung Halle der SED vom 20. 10. 1989, LHASA, MER, SED-Stadtleitung Halle, IV/F-5/01/12, Bl. 18-51.

54 Vgl. Antrittsrede von Egon Krenz, in ›Neues Deutschland‹ vom 19. 10. 1989. Um wieder in die »politische Offensive« zu gelangen, wie es im SED-Jargon hieß, forderte der erste SED-Bezirkssekretär, Böhme, von den SED-Kreissekretären, die Antrittsrede von Krenz im Kollektiv zu verfolgen. Vgl. Chiffriertes Fernschreiben der Bezirksleitung der SED, Gen. Kitzing an alle 1. Sekretäre der Kreisleitungen der SED vom 18. 10. 1989, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5, Nr. 256, Bl. 163.

55 »Information« vom 24. 10. 1989, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5, Nr. 257, Bl. 88.

56 »Protokoll der außerordentlichen Sekretariatssitzung vom 19. 10. 1989«, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/1, Nr. 12, Bl. 46.

57 Resignierte Parteimitglieder berichteten an die SED-Bezirksleitung: »Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen versucht, auf alle anstehenden Fragen überzeugende Antworten

zu geben. Ich konnte mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass die Genossen (...) in gedrückter Stimmung und in Sorge aus dieser Gesprächsrunde in ihre Wohnungen zurückgegangen sind.« – Information über ein politisches Gespräch mit Parteiveteranen des Hochhauses Steg 5 vom 17. 10. 1989, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5, Nr. 256, Bl. 173.

58 Information über die aktuelle Lage in der Stadt Halle vom 25.10.1989, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5, Nr. 257, Bl. 95.

59 In: Protokoll über die Sitzung der Stadtleitung Halle der SED vom 20.10.1989, LHASA, MER, SED-Stadtleitung Halle, IV/F-5/01/12, Bl. 18-51.

60 Polizeibericht vom 26. 6. 1953, zitiert nach: Zeit-Geschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte (Hrsg.): Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage; 2. erweiterte Auflage, Halle 2003, S. 28.

61 Der erste SED-Bezirkssekretär empfahl Ende Oktober während einer Sekretariatssitzung, »den Dialog von großen emotional aufgeladenen Massenveranstaltungen auf viele kleine sachliche und substantielle Gespräche auf kommunaler und betrieblicher Ebene zu verlagern«, in: Protokoll Nr. 23 der Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung Halle am 29. 10. 1989, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung, IV/F-2/3/144, Bl. 195.

62 LHASA, MER, SED-Kreisleitung Buna, IV/F-405/99, Bl. 3.

noch einmal die Ursachen des 17. und 18. 6. 1953 aufzeigte und die Kundgebungsteilnehmer von den Regierungsbeschlüssen zur Verbesserung der allgemeinen Lebenslage überzeugen konnte, kannte die Begeisterung keine Grenzen, die ihre Ovation fand in Hochrufen auf den Genossen Wilhelm Pieck, auf die Regierung, auf das ZK, sowie auf den Genossen Fred Oelssner.«⁶⁰

35 Jahre später haben die Spekulationen um eine ›Gegendemonstration‹ unter dem Slogan ›Rote Fahnen gegen weiße Kerzen‹ den Machtverlust der SED jedoch erheblich beschleunigt. Zudem wurde durch dieses im Vorfeld publik gewordene Demonstrationsvorhaben ein anderer Teil des Krisenregulationskonzeptes der SED-Bezirksleitung Halle bereits im Ansatz konterkariert – nämlich das Bestreben, den offenen Protest von der Straße in viele kleine überschaubare Veranstaltungen zu kanalisieren.⁶¹ Resümierend bringt eine interne Analyse der SED-Kreisleitung Buna Ende Oktober 1989 die Situation aus Sicht der SED im Raum Halle, die zu diesem Zeitpunkt ihren Machtanspruch noch keineswegs aufgegeben hatte, so zum Ausdruck: »Es zeigt sich, dass die Parteiorganisationen dabei sind, den Kampf wieder aufzunehmen und das verlorengegangene Vertrauen wieder zurückzugewinnen wollen. In der Partei führen wir keinen Dialog, sondern parteiliche Gespräche. Die Erwartungshaltungen werden immer größer.«⁶²

Der öffentliche Protest: kulminierende Phase

Die kulminierende Phase der öffentlichen Protestbewegung in Halle 1989 ist durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet: erstens die Ende Oktober einsetzenden Massendemonstrationen, zweitens eine massive Machterosion der alten politischen Kräfte und drittens ein sich andeutender Einflussverlust der Bürgerrechtler auf die weiteren Entwicklungen. Exemplarisch für die angespannte Situation in Halle im Oktober 1989 steht dabei ein Aufruf der Grundorganisation der SED an der Sektion Orient- und Altertumswissenschaften der Martin-Luther-Universität. Die Grundorganisation bemängelte, »dass die Stadt Halle, die hinsichtlich des Umfangs der zu lösenden Probleme gewiss ganz vorn rangiert in unserem Land, langsam zum Schlusslicht in Sachen öffentlicher Dialog gerät.«⁶³

Durch die Gewaltlosigkeit der vorangegangenen Demonstrationen am 16. und 23. Oktober 1989 war deren Attraktivität innerhalb der Bevölkerung in Halle enorm angestiegen. Die Gerüchte um die auf der Ebene der SED-Kreissekretäre geplanten ›Gegendemonstration‹ bewirkten einen zusätzlichen Mobilisierungsschub. Inzwischen war dieser Plan zwar fallengelassen worden, die Empörung in der Bevölkerung – auch unter SED-Mitgliedern – war dennoch ungebrochen. Am 30. Oktober beteiligten sich unter diesen Voraussetzungen mehr als 50 000 Menschen an der Montagsdemonstration in Halle.⁶⁴ Mit Sprechchören und Transparenten forderten die Demonstranten vehement personelle Veränderungen an der Spitze der SED-Bezirksleitung sowie die Umsetzung der angekündigten Politik der ›Wende‹.⁶⁵

Zur Nachfolgeveranstaltung des Dialogs im Volkspark kamen am 2. November 1989 bis zu 10 000 Bürger – diesmal auf den halleischen Marktplatz. Mit dem Auftritt des ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung wurde dessen Ansehensverlust unter der Bevölke-

rung erneut deutlich. Als Nachfolger von Horst Sindermann und Werner Felfe seit 1981 im Amt, traute man dem jahrelangen Politbüromitglied Hans-Joachim Böhme keine Reformpolitik zu. Er galt in den Augen der Bevölkerung vielmehr als Prototyp eines unbeholfenen Nomenklatur-Kaders. Der Vorsitzende der republikweit größten Bezirksparteiorganisation der SED musste sich vor den aufgebrauchten Hallensern für kostspielige Prestigeobjekte, wie den neuen Anbau der SED-Bezirksleitung, im Volksmund ironisch ›Café Böhme‹ genannt, rechtfertigen. Dagegen gelang es dem im Mai 1989 neu gewählten Oberbürgermeister Eckhard Pratsch, sich mit dem Vorschlag zur Bildung einer Bürgerkommission zur Untersuchung der Vorgänge Anfang Oktober in der Saale-Stadt als reformfähiger Politiker zu profilieren.⁶⁶ Vorwürfe wegen MfS-Zusammenarbeit beendeten 1990 die Politikambitionen von Pratsch jäh.

Die Lage in Halle drohte 1989 schließlich zu eskalieren, als die Masse der fast 80 000 Montagsdemonstranten am 6. November erneut heftig den Rücktritt Böhmes und weiterer SED-Führungskräfte forderte. In einem MfS-Bericht heißt es unumwunden: »Die Atmosphäre war insbesondere von einer aggressiven Haltung der Mehrzahl der Teilnehmer gegen den 1. Sekretär der Bezirksleitung bestimmt. In Wortmeldungen, Sprechchören und auf Transparenten wurde der Rücktritt des 1. Sekretärs gefordert.«⁶⁷ Zeugnis der emotional zuge-spitzten Situation auf dem halleschen Marktplatz ist eine öffentliche Entschuldigung des Neuen Forums gegenüber Hans-Joachim Böhme wenige Tage später in der Tagespresse! Darin hieß es: »Die Ereignisse und Bedingungen am letzten Montag auf den Treppen vor dem Rathshof können nicht wortlos übergangen werden. (...) fand ein wilder, erbitterter Kampf um das Mikrofon statt, und Achim Böhme wurde dort oben persönlich beleidigt, bespuckt und angegriffen. Dieses darf nicht noch einmal passieren!«⁶⁸

Wiederholt wird hier die pazifistische Grundeinstellung der Demonstrationsinitiatoren aus dem Umfeld der kirchennahen Gruppen sichtbar. Gleichzeitig verdeutlicht die Situation die bereits eingese-tzte Entkoppelung der Initiatoren der ersten Demonstrationen gegenüber einem bedeutenden Teil der Teilnehmer der Massenproteste Ende Oktober 1989 in Halle. So hielten die Initiatoren aus dem Umfeld der Kirche als Ausdruck dafür, sich auf dem Boden geltenden Rechtes zu bewegen, weiterhin an der SED als Gesprächspartner fest – nicht zuletzt auch deshalb, weil das Anmeldeverfahren des Neuen Forums bei den staatlichen Behörden immer noch bearbeitet wurde.

Lauter werdende Gruppierungen auf den Demonstrationen folgten dieser Strategie, auf die Dialogpolitik der SED einzugehen, nicht. Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern des MfS stützten die Vermutung eines schwindenden Einflusses der radikal friedlichen, sich am geltenden Recht der DDR orientierenden Reformkräfte auf die einsetzenden Massendemonstrationen in Halle. Die Quelle ›Bruno‹ berichtete Anfang November 1989: »Dort war mir nicht klar, ob dann die friedlichen Demonstranten in der Lage sind, diese Kräfte einzugrenzen, (...) dass es nicht zu solchen Handgreiflichkeiten kommen kann.«⁶⁹ Den sich krass wandelnden Charakter der Proteste verdeutlichen die nunmehr lautstarken Forderungen der Demonstranten. Auf den fast 70 gezählten Transparenten der ersten Montagsdemon-

63 LHASA, MER, SED-GO MLU Halle, IV/F-7/761, Nr. 4, Bl. 31.

64 Die Schätzung der Teilnehmerzahlen liegt zwischen 50 000 in der ›Freiheit‹ vom 31. 10. 1989 und 80 000 in der ›Liberal-demokratischen Zeitung‹ vom 31. 10. 1989; unrealistisch klingt demgegenüber die Teilnehmerzahl in MfS-Berichten von 20 000, vgl. Bericht über den Verlauf der am 30. 10. 1989 in Halle und Halle-Neustadt durchgeführten Demonstration, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5/261, Bl. 118 ff.

65 Das MfS registrierte 50 Transparente, auf denen unter anderem zu lesen war: »Keine Alleinherrschaft mehr durch SED«, »Rechtssicherheit statt Staatssicherheit«, »Freie Wahlen für ein freies Volk«, »Wer einmal lügt ...«, »Macht ist Dienen ohne Privilegien«, »Reformen statt Phrasen«, »Erneuerung des Lohnsystems«, »Keine Versprechen. Konkrete Taten«, »Dialog ist gut – Taten sind besser« und »Neues Forum«. Als regionalspezifische Forderungen kamen zum Ausdruck: »Stoppt die Abrisspolitik in Halle« und »Mehr Demokratie in Halle«. Neue Rufe wie: »Stasi in die Volkswirtschaft« und »Deutschland erwache« ertönten. Zudem registrierte das MfS in Halle erstmals eine mitgeführte Deutschlandfahne. Noch wurde zum Ende der Demonstration aber die »Internationale« gesungen. – Vgl. Anlage zum Bericht über den Verlauf der am 30. 10. 1989 in Halle und Halle-Neustadt durchgeführten Demonstration vom 31. 10. 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten

1174, Bl. 146-149; vgl. auch ›Freiheit‹ vom 31. 10. 1989.

66 Mit 35 Jahren galt Pratsch zum Amtsantritt 1989 als einer der jüngsten Bürgermeister der DDR. Vgl. ›Freiheit‹ vom 24. 6. 1989; vgl. weiter: Bericht über den Verlauf und den Inhalt der am 2. 11. 1989 im Bezirk Halle stattgefundenen bedeutenden Veranstaltung vom 3. 11. 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 1174, Bl. 191 f.; vgl. auch ›Freiheit‹ vom 3. 11. 1989.

67 LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5/261, Bl. 167.

68 ›Freiheit‹ vom 8. 11. 1989; auch ›Liberal Demokratische Zeitung‹ vom 9. 11. 1989.

69 BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, Abt. XX, Sachakten 1085, Bl. 22 f.

70 Tagesbericht zur politisch-operativen Lage im Bezirk Halle vom 6. 11. 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 979, Bl. 10-15.

71 Thesen zur politisch-operativen Lageentwicklung vom 8. 11. 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 980, Bl. 51-56.

72 Ebenda.

73 LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/5/261, Bl. 27 und Bl. 164.

74 LHASA, MER, SED-GO MLU Halle, IV/F-7/761, Nr. 4, Bl. 83.

75 Gorbatschow nennt Modrow in diesem Zusammenhang einen »Rebellen«. Vgl. Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1996,

stration im November 1989 war unter anderem zu lesen: »Zeigt her eure Häuschen«, »Reisegesetzentwurf ist nur Hinhaltetaktik«, »Sagt den Wendehälsen ab«, »40 Jahre Klassenkampf – 30 Tage unbezahlter Urlaub« und »Halle ist kein böhmisches Dorf«. Bekannt gewordene und vermutete Privilegien von Parteifunktionären trugen weiter zu einer emotionalen Zuspitzung der Situation bei. Auf einem Transparent war als politische Herausforderung an die SED bereits zu lesen »SDP – Die Partei des Volkes«. ⁷⁰

Einen tiefen Blick in die gesellschaftlichen Verhältnisse der Saale-Stadt am Vorabend des Mauerfalls gewährt ein Analysepapier der MfS-Bezirksverwaltung vom 8. November 1989. ⁷¹ In dem Dokument werden die anhaltenden Gründungsaktivitäten des Neuen Forum, der SDP, des Demokratischen Aufbruch und von ›Demokratie jetzt‹ mit der Unterstützung von Kirchenvertretern konstatiert. Die steigenden Teilnehmerzahlen der Demonstrationen Anfang November 1989 gingen, so wurde festgehalten, mit einer gleichzeitig zunehmenden Aggressivität einher. Der Unmut der Demonstranten richtete sich dabei gegen die unglaubliche ›Wendepolitik‹ der SED und zunehmend auch gegen das Ministerium für Staatssicherheit. Wobei im Bezirk Halle vor allem die alten ›gewendeten‹ Kader für Unverständnis sorgten. Als die politischen Hauptforderungen hatte das MfS, neben der ungeklärten Reisefrage, völlig zutreffend die Streichung des festgeschriebenen Führungsanspruches der SED aus der Verfassung der DDR sowie die Forderung nach freien Wahlen erkannt. Besonders beim Neuen Forum glaubte das MfS bereits Anfang November 1989 zugleich eine »gewisse Konzeptionslosigkeit« ⁷² feststellen zu können, an die es sich für die SED anzuknüpfen lohne. In der Tat mehrten sich mit dem einsetzenden Massenzuspruch zu den Demonstrationen ab Ende Oktober auch die kritischen Stimmen in der Bevölkerung zur Arbeit der neuen politischen Bewegungen in Halle. Neben einer geringen programmatischen Initiative enttäuschten vor allem ungeklärte Organisationsfragen die Erwartungen mancher Bürger. ⁷³

Spätestens als Hans-Joachim Böhme am 8. November 1989 auf der 10. Tagung des Zentralkomitees erneut ins Politbüro gewählt wurde, schlugen auch die verschiedenen SED-Parteioorganisationen des Bezirkes Halle Alarm. In unzähligen Protestschreiben an die Bezirksebene verlangten Parteimitglieder im Namen einer glaubwürdigen Reformpolitik die sofortige Absetzung des ersten SED-Bezirkssekretärs. Die Parteileitung der Martin-Luther-Universität wandte sich sogar direkt an das noch tagende Plenum des Zentralkomitees. Mit der dringenden Bitte um Korrektur dieser Kaderentscheidung verwies die größte Parteioorganisation der Stadt Halle darauf, dass »die Existenz und Handlungsfähigkeit unserer Bezirksparteioorganisation« auf dem Spiel stünde. ⁷⁴ Am 9. November 1989 war der Druck auf den ersten SED-Bezirkssekretär schließlich so stark angewachsen, dass er auf einer nächtlichen Sondersitzung des Sekretariats zurücktrat. Wie Hans-Joachim Böhme dankten in einer zweiten Rücktrittswelle auch die ersten SED-Bezirkssekretäre von Erfurt, Magdeburg, Rostock und Karl-Marx-Stadt ab. Kurz zuvor war bereits die Regierung unter Willi Stoph zurückgetreten. Sein Nachfolger wurde der als Reformier ⁷⁵ geltende erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, Hans Modrow.

Die Umkehrung der Machtverhältnisse in der Saale-Stadt Halle verdeutlichte eine Kundgebung der SED am 10. November 1989. Weniger als 4000 Sympathisanten waren noch bereit, dem Aufruf der Partei Folge zu leisten.⁷⁶

Am 11. November 1989 wurde Roland Claus in das Amt des ersten SED-Bezirkssekretärs Halle gewählt.⁷⁷ Mit seiner Person ist die Einführung eines grundsätzlich anderen Politikstils auf der Bezirksebene verbunden. Diese Veränderungen sind vor allem an zwei Punkten festzumachen. Zum einen entfiel, durch den aufgenötigten Amtsverzicht Böhmes, die funktionale Verflechtung des ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung Halle mit dem Politbüro. Zugespielt formuliert, findet sich darin ein Ursprung einer neuen unabhängigen Regionalpolitik des Bezirkes Halle wieder. Zum anderen änderte sich unter dem neuen Bezirkssekretär Roland Claus der Umgangston erheblich. Beispielhaft dafür stehen Äußerungen wie: »Ich hätte viele Ideen für Demonstrationen und Begegnungen, aber ich möchte diese demokratische Bewegung nicht vereinnahmen. Das Misstrauen muss ich akzeptieren und kann es mit Politsymbolismus nicht abbauen.«⁷⁸ Damit konnte Claus jedoch nicht den inzwischen eingesetzten Zerfallsprozess der SED im Bezirk aufhalten. Aufgaben zur Sicherung des Alltagslebens absorbierten zudem in hohem Maße die Kräfte des neuen SED-Bezirkssekretärs. Zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Roland Claus waren bereits mehr als die Hälfte der SED-Kreissekretäre ihrer Ämter enthoben worden; der erste Kreissekretär in Köthen hatte sich gar das Leben genommen.⁷⁹

Ein anderes Ereignis überragte diese Personalentscheidungen jedoch. Noch bevor sich die Bevölkerung der DDR an die neuen Politiker-Gesichter gewöhnen konnte, wurde die Mauer, die Berlin in zwei Städte teilte, geöffnet. Die politischen Entscheidungsträger der DDR liefen ab diesem Zeitpunkt mit ihren Entscheidungen den Tatsachen, die das Volk auf der Straße schuf, nur noch hinterher. Die SED wurde sozusagen von der eigenen »Wende« überrollt.⁸⁰ Dazu zählt auch die erneute Prüfung auf Zulassung des Neuen Forum durch das Ost-Berliner Innenministerium. Die Bevölkerung der DDR hatte das Neue Forum längst zugelassen.

In Halle hatten sich derweil die Sicherheitskräfte der Polizei und die Veranstalter der Montagsdemonstrationen auf eine »Sicherheitspartnerschaft« geeinigt, die den friedlichen Verlauf der Demonstrationen gewährleisten sollte. Im »Reformhaus« zusammengeschlossen, übernahmen die neuen politischen Kräfte fortan abwechselnd die Organisation und Verantwortung für den Verlauf der Demonstrationen.⁸¹

Die Bündelung der neuen politischen Strömungen unter einem Dach konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass seit Anfang November 1989 dort ein zunehmend destruktiver Profilierungsprozess eingesetzt hatte. Immer häufiger traten jetzt die Überforderung und die Hilflosigkeit der Organisatoren der öffentlichen Proteste gegenüber der entstandenen Dynamik der Prozesse zu Tage. Dies äußerte sich einerseits durch Defizite innerhalb der Gruppenarbeit, aber auch durch mangelhafte Organisation der Abschlusskundgebungen der Montagsdemonstrationen. Die Äußerungen eines Pfarrers der evangelischen Kirche in Halle, dem Protokoll der Telefon-

S. 936. Noch im Sommer 1989 war Modrow vom Zentralkomitee der SED gerügt worden. Modrow hatte einen relativ ungeschönten Bericht zur Situation im Bezirk Dresden vorgelegt. Daraufhin wurden ihm von der SED-Führung fehlende Leistungsfähigkeit und zu nachgiebiges Vorgehen gegen »bürgerliche und feindliche Auffassungen« im Bezirk Dresden vorgeworfen. Vgl. »tageszeitung« vom 24. 6. 1989.

76 Vgl. »Freiheit« vom 11. 11. 1989.

77 Mit 34 Jahren ist Roland Claus der jüngste jemals in der DDR gewählte SED-Bezirkssekretär. Vgl. »Freiheit« vom 14. 11. 1989.

78 »Neues Deutschland« vom 21. 11. 1989.

79 LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/1, Nr. 13, Bl. 13.

80 Carl Chung, Hans-Hermann Hertle (unter Mitarbeit von Franz-Otto Gilles und Jürgen Kädtler): Restrukturierung der industriellen Beziehungen in der chemischen Industrie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Betriebsstudie Buna; unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers, S. 17; minutiös zum Mauerfall vgl. Hans-Hermann Hertle: Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996.

81 Im »Reformhaus« vertreten waren: Antifaschistische Aktion, Christliche Mediziner/IPPNW, Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt, Grüne Liga, Grüne Partei, Neues Forum, SDP, Vereinigte Linke, evan-

gelische Kirche, katholische Kirche sowie Künstler und Kulturschaffende. Vgl. Klaus Keitel: Die Reformzeitung Halle, in: Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.): Die friedliche Revolution in Sachsen-Anhalt, Halle 2004, S. 99-102, hier S. 99; vgl. auch ›Freiheit‹ vom 4.11.1989. Bemerkenswerterweise stellte die Stadt Halle dem ›Reformhaus‹ eine Immobilie in zentraler Lage zur Verfügung, und trug die gesamten anfallenden Kosten; vgl. Beschlussprotokoll der 4. Sitzung des Rates der Stadt Halle am 14. Februar 1990, STAHL, o. Pag. Zum ›Reformhaus‹ auch: Reformhaus Halle e. V. (Hrsg.): ›Reformhaus Halle‹ Haus der Bürgerbewegungen. Wer sind wir – was wollen wir? Bürgerbewegungen, Vereine und Initiativen in Selbstdarstellungen, Halle 1994.

82 BStU, MfS, BV-Halle, Abt. XX, Nr. 1038, Bl. 47.

83 Chiffriertes Fernschreiben an die MfS-Bezirksverwaltung Halle über die ›Reaktion der Bevölkerung‹ vom 10.11.1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 2843, Bl. 207 f.

84 Die ›Flamme der Revolution‹, wegen ihres Aussehens in der Bevölkerung ›Fahnenmonument‹ genannt, war 1967 als Erinnerungs- und Gedenkstätte zum 50. Jahrestag der ›Großen Sozialistischen Oktoberrevolution‹ geschaffen worden. Vgl. Bezirksleitung Halle der SED (Hrsg.): Gedenk- und Erinnerungsstätten, S. 52.

85 Einschätzung zur politisch-operativen Lageentwicklung vom 24. 11. 1989, in: Ulrich Schlademann, Wieland Berg, Daniel Cyranka (Hrsg.): ›Keine

überwachung durch das MfS entnommen, verdeutlichen die Schwierigkeiten, denen sich die noch junge politische Opposition ausgesetzt sah: »Inzwischen gäbe es die paradoxe Situation, dass man mit den ehemaligen Gegnern besser zusammenarbeiten kann, als mit den Neuen in den eigenen Reihen. Vor allem in den unteren Reihen der Partei gäbe es hervorragende Leute.«⁸²

Der öffentliche Protest: regressive Phase

Die regressive Phase des offenen Protestes in Halle wurde durch ein Kuriosum eingeleitet. So wurde die für den 13. November 1989 geplante Montagsdemonstration kurzfristig abgesagt. Vertreter der Stadt und der Reformgruppen hatten sie zusammen geplant, der hallesche Oberbürgermeister Pratsch schon Tage vorher in der Presse seine ausdrückliche Unterstützung und sein Kommen zugesichert. Doch wegen dichten Nebels wurde die Kundgebung, die außerhalb des Stadtzentrums vor der Bezirksverwaltung des MfS geplant war, abgesagt. Durch die Grenzöffnung und schlechtes Wetter bedingt, fiel die Teilnehmerzahl von annähernd 80 000 in der Vorwoche auf nicht einmal 5 000, die trotz der offiziellen Absage demonstrierend durch die Stadt zogen.

Die Öffnung der Mauer hatte in der Tat in den ersten Wochen eine Art Ventilwirkung. Auch die Bürger im Raum Halle wollten nun die neuen Reisemöglichkeiten für »das Kennenlernen der westlichen Verhältnisse« in Anspruch nehmen.⁸³

Ab dem 20. November 1989 entwickelte sich ein relativ gleichmäßiger Ablauf der Montagsdemonstrationen in Halle. Das ›Fahnenmonument‹ am innerstädtischen Verkehrsring wurde zum festen Austragungsort der Abschlussveranstaltungen.⁸⁴ Die verschiedenen Gruppen des ›Reformhauses‹ organisierten nun abwechselnd die Demonstrationen, die fortan unter variierenden Losungen stattfanden. Dabei ist unter den Organisatoren eine zunehmend politisch divergierende Meinung festzustellen, was sich auch auf die Durchführung der Demonstrationen seit Anfang November auswirkte.⁸⁵ Eine Veranstaltungsteilnehmerzahl von 30 000 wurde in der folgenden Zeit nicht mehr überschritten. Der neue Bezirkssekretär der SED, Roland Claus, verpflichtete sich fortan, persönlich für eine angemessene technische Vorbereitung der Abschlusskundgebungen zu sorgen.⁸⁶

Neben der rückläufigen Teilnehmerzahl wandelten sich auch die Forderungen auf den Demonstrationen. Der Ruf nach Bürgerrechten und personellen Veränderungen auf der Partei- und Staatsebene wich Bestrebungen, die erreichten Zugeständnisse durch einen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel unumkehrbar zu machen. Dazu gehörte neben der Streichung des Führungsanspruches der SED aus der Verfassung der DDR die Zurückdrängung des allgegenwärtigen Ministeriums für Staatssicherheit aus der Gesellschaft.

Unter einer zugespitzten Stimmungslage, geprägt von geschürten Emotionen und Misstrauen, litt vor allem die konstruktive sachbezogene Regionalpolitik. Auf einer Sitzung des SED-Bezirksleitung bemängelte der erste Sekretär Roland Claus deswegen: »Noch nicht zustande gekommen sind konstruktive Gespräche und Diskussionen mit Vertretern demokratischer Bewegungen und Strömungen. Wir sind in Kontakt getreten, aber es gibt noch kein Miteinander. Erfor-

derlich ist es deshalb, (...) die Gespräche (...) noch vielgestaltiger und möglichst thematisch fortzuführen, weil sie eine konstruktive Erörterung von Sach- und Fachfragen mit allen Bevölkerungsschichten ermöglichen.«⁸⁷

Auf der letzten Montagsdemonstration im November erschienen in Halle erstmals Transparente mit der Forderung »Keine sozialistischen Experimente – Wiedervereinigung sofort!«. Der Gesang der »Internationale« war den Rufen »Deutschland einig Vaterland!« gewichen. Am 4. Dezember 1989 kam es fast zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, als sich Vertreter der Antifaschistischen Aktion gegen nationalistische und faschistische Tendenzen aussprachen. Unter der Androhung eines Generalstreiks wurde auf derselben Veranstaltung die Auflösung des umstrukturierten Geheimdienstes, die Auflösung des hauptamtlichen Parteiapparates der SED sowie die Auflösung der Kampfgruppen gefordert.⁸⁹

Fast schon anachronistische Züge trägt vor diesem Hintergrund der Beitrag eines Autors aus der Bürgerrechtsbewegung im »Blattwerk« zu diesem Zeitpunkt: »Ist der Schrei nach Wiedervereinigung wirklich die ursprüngliche Sehnsucht der Menschen in der DDR? Ich bin davon überzeugt, dass eine Vereinigung der beiden existierenden deutschen Staaten zum heutigen Zeitpunkt weder vernünftig noch nützlich wäre.«⁹⁰ Exemplarisch wird hier das Programm der Initiatoren des Protestes in Halle widergespiegelt, die sich vor allem mit ihrer Haltung zur Deutschlandfrage schnell wieder ins politische Abseits manövierten. Wissenschaftlich-historisch kann man am Beispiel der Stadt Halle keinen Zusammenhang mit den Protestinitiatoren der kirchennahen Reformgruppen und den ersten Vereinigungsforderungen auf den Demonstrationen herausarbeiten. Forderungen nach einer deutschen Vereinigung, der allgemeinen Gefühlslage der Demonstranten im Dezember entsprechend, standen die halleschen Protestinitiatoren zurückhaltend bis ablehnend gegenüber.

Über den innerparteilichen Zustand der SED, der sich seit November weiter zugespitzt hatte, gibt eine Analyse der Abteilung Parteiorgane der SED-Stadtleitung Halle Auskunft: »Das Ansehen der SED hat in der Stadt Halle nahezu den Nullpunkt erreicht. Auch zahlreiche Parteikader verstehen die Welt nicht mehr. Jeglicher Versuch, die SED neu zu formieren, stößt auf Desinteresse und Widerstand sowohl unter Parteimitgliedern, wie Werktätigen aus den Betrieben und Einrichtungen.«⁹¹ Die SED war faktisch nicht mehr arbeitsfähig. Seit Mitte November galt daher auch als Arbeitsmittelpunkt »der Kampf um den Erhalt und die Einheit der Partei«. Nur wenige Wochen später herrschte jedoch außerhalb und innerhalb der Partei die Meinung vor, »die Partei soll endlich aufgelöst werden, sie hat sowieso verspielt.«⁹³

Der linearen Entwicklung des offenen politischen Protestes vom September bis Dezember 1989 in der DDR gerecht werdend, titelte eine Hallesche Tageszeitung am 19. Dezember mit der Schlagzeile: »Die deutsche Frage ist zur zentralen Frage auch der politischen Bewegung in Halle geworden.«⁹⁴ Diese »neue Frage« ins Kalkül ziehend, besuchte am 16. Dezember 1989 der damalige Außenminister der Bundesrepublik Hans-Dietrich Genscher seine Geburtsstadt Halle. Die Gespräche mit Mitgliedern der Reformgruppen in der

Überraschung zulassen!« Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989, Halle 1991, S. 117.

86 »Freiheit« vom 21. 11. 1989.

87 Rede Roland Claus auf der Tagung der Bezirksleitung vom 29. 11. 1989, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung Halle, IV/F-2/1/014, Bl. 8.

88 Bericht über die politisch-operative Lage im Bezirk Halle vom 27. 11. 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV-Halle, AKG, Sachakten 979, Bl. 64.

89 Vgl. »Freiheit« vom 5. 12. 1989 und 12. 12. 1989; siehe auch Bericht über die politisch-operative Lage im Bezirk Halle vom 4. 12. 1989, BStU, Ast. Halle, MfS, BV Halle, AKG, Sachakten 979, Bl. 82. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Aggressivität auf den Demonstrationen steht auch ein Appell der Polizei: »Für Gewaltfreie Erneuerung unserer Gesellschaft (...) Betroffen wenden sich Bürger unserer Stadt an uns, die ihre Besorgnis über Erscheinungen zunehmender Aggressivität bei den bisher friedlich verlaufenden Demonstrationen zum Ausdruck bringen. Wir wenden uns daher an alle Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Bürgerbewegungen und bieten zur Absicherung ihrer Demonstrationen unsere Sicherheitspartnerschaft an, damit der Erneuerungsprozess auch weiterhin friedlich verläuft.« »Freiheit« vom 8. 12. 1989.

90 »Blattwerk« vom 11. 12. 1989, MDA PER 48. 91 LHASA, MER,

SED-Bezirksleitung Halle,
IV/F-2/5, Nr. 263, Bl. 66.

92 Anlage Nr. 3 des Protokolls Nr. 27 des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Halle »Aktuelle Aufgaben in Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages«, LHASA, MER, SED-Bezirksleitung, IV/F-2/3, Nr. 146, Bl. 44.

93 LHASA, MER,
SED-Bezirksleitung Halle,
IV/F-2/5, Nr. 263, Bl. 126.

94 »Freiheit« vom
19. 12. 1989.

95 »Blattwerk« vom
18. 12. 1989.

96 Zum »Runden Tisch« im Bezirk Halle vgl. Hermann-Josef Rupieper: Runde Tische in Sachsen-Anhalt 1989/90: Einige Bemerkungen zur Forschungsproblematik, in: Ders. (Hrsg.): Die friedliche Revolution 1989/90 in Sachsen-Anhalt; sowie auch: Detlev Lintzel: Einhundertneunzig Tage: Der Runde Tisch des Bezirkes Halle 1989-1990, Halle 1997.

97 Vgl. dazu Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004, hier S. 159 f.

98 Zur gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik der 1960er Jahre scharf Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966.

St. Georgengemeinde charakterisierte ein Teilnehmer so: »Ein Treffen zwischen Vertretern von unten, die versuchen müssen, sich und unser Land ›am eigenen Zopf‹ aus dem Dreck zu ziehen, mit denen, die ganz von oben aus Bonn kommen und eine perfekt organisierte Politik betreiben.«⁹⁵

Aus der ursprünglichen Forderung »Gewaltfreiheit für unsere Stadt« einiger weniger hallescher Bürger war eine Massenbewegung entstanden, die eine grundsätzlich neue Politik einforderte. Ähnlich den Demonstrationen in Leipzig wandelten sich auch in Halle die Forderungen der Demonstranten in den verschiedenen Phasen zuge-spitzt formuliert von »Wir sind das Volk!« zu »Deutschland einig Vaterland!«

In der Saale-Stadt fand der öffentliche Protest in Form der Montagsdemonstrationen am 13. Februar 1990 seinen formellen Abschluss. Die Organisatoren des »Reformhauses« trugen damit der politischen Entwicklung Rechnung. Denn die Demonstrationen waren im Frühjahr 1990 von einer rückläufigen Teilnehmerzahl gekennzeichnet. Und zudem überlagerte der einsetzende Wahlkampf zu den vorgezogenen Volkskammerwahlen am 18. März 1990 bereits das politische Tagesgeschäft. Mit der Beteiligung an den Runden Tischen auf Stadt- und Bezirksebene waren die Reformkräfte außerdem, zumindest indirekt, in die Exekutive eingebunden.⁹⁶

Der Nachfolger des MfS – das Amt für Nationale Sicherheit – war zu diesem Zeitpunkt bereits ein passiver Beobachter der Ereignisse.

Zu konstatieren bleibt, dass im Herbst 1989 der von der SED zum Objekt degradierten Bevölkerung ausgehend von der Bürgerrechtsbewegung wieder eine kreative Subjektrolle angeboten wurde. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in der DDR, und die Stadt Halle bildet hier keine Ausnahme, entschied sich jedoch ähnlich wie die Bevölkerung im westlichen Teil Deutschlands rund 40 Jahre zuvor. Seit den 1950er Jahren hatte in der Bundesrepublik unter anderem durch den »Korea-Boom« ein immenser wirtschaftlicher Aufschwung eingesetzt.⁹⁷ Die Folge war ein nicht für möglich gehaltener wirtschaftlicher Wohlstand nur wenige Jahre nach dem Ende des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieges. In der Folge fungierte die Marktwirtschaft in der Bundesrepublik als eine Art »Ersatzverfassung«. Negative Kriegsfolgen wie der Gebietsverlust östlicher Territorien, die faktische Spaltung Restdeutschlands sowie eine fehlende Identität schienen durch die einsetzende Wohlstands- und Wohlfahrtsmehrung erträglicher. Nach der Erfahrung von 40 Jahren DDR strebte nun auch die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung eben nach dieser »Ersatzverfassung« – einer Marktwirtschaft bundesrepublikanischer Prägung. Dieses Streben drückte sich entsprechend in den verschiedenen Wahlergebnissen des Jahres 1990 aus. Die politischen Parteien, die das Konzept der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft am vehementesten einforderten, gingen als Sieger aus den Wahlen hervor. Der Preis, den die Bevölkerung der DDR zu entrichten hatte, war – ähnlich der Bevölkerung der Bundesrepublik Jahrzehnte vorher⁹⁸ –, ihre Rolle als Subjekt.